



Prof. Dr. Jürgen Schupp, Direktor der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin

SECHS FRAGEN AN JÜRGEN SCHUPP

»Mehrheit der Bevölkerung steht hinter der Genfer Flüchtlingskonvention«

1. Herr Schupp, die öffentliche Debatte um Flüchtlinge in Deutschland wird zum Teil sehr erhitzt geführt. Sind die Bürger tatsächlich so besorgt, wie es oft den Anschein hat? Wenn es darum geht, Flüchtlingen gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention Aufenthalt in Deutschland zu gewähren, sehen wir, dass eine breite Mehrheit der Bevölkerung den Prinzipien der Gewährung von temporärem Schutz zustimmt. Das gilt vor allem dann, wenn es Menschen sind, die vor Bürgerkrieg oder kriegerischen Auseinandersetzungen ihre Heimat verlassen mussten.
2. Wie beurteilen die Befragten die Risiken der Aufnahme von Flüchtlingen? Bei der Frage, ob durch die Flüchtlingszuwanderung die Risiken überwiegen oder auch Chancen gesehen werden, stellen wir fest, dass bei einer stabilen Mehrheit der Bevölkerung eher die Risiken als die Chancen gesehen werden. Insbesondere bei den kurzfristigen Risiken schätzen drei Viertel der Befragten die Risiken höher ein als mögliche Chancen. Allein bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Folgen, haben wir im März erstmals so etwas wie einen Gleichstand. In Bezug auf die wirtschaftliche Situation sieht etwas mehr als ein Drittel mehr Chancen und auch etwas mehr als ein Drittel mehr Risiken. Aber gerade bei den kurzfristigen Folgen überwiegen die Sorgen und die skeptischen Einschätzungen in der Bevölkerung.
3. Welche Sorgen hat denn die Bevölkerung? Es besteht die Sorge, dass unsere gesellschaftlichen Werte möglicherweise in Gefahr geraten und sich verändern könnten. Aber wir haben die Personen auch gefragt, ob sie besorgt sind, persönliche Nachteile durch die Flüchtlinge zu erfahren. 20 Prozent befürchten, durch die gegenwärtige Flüchtlingszuwanderung persönliche Nachteile zu erfahren.
4. Inwieweit ist die Zustimmung zu einer Aufnahme von Flüchtlingen abhängig vom jeweiligen Grund der Flucht? Auch hier haben wir in unseren Fragen verschiedene Szenarien differenziert. Es überwiegt der Grund, der gegenwärtig auch den subsidiären Schutz bei uns rechtfertigt, nämlich die Vertreibung aufgrund von Krieg oder Bürgerkrieg, also die Frage, ob jemand direkt an Leib und Seele bedroht ist. Wenn sich jemand in seinem Land für Menschenrechte eingesetzt hat und dadurch Nachteile erfährt und geflüchtet ist, hat das einen ähnlich hohen Stellenwert. Für den Grund, dass man sich beispielsweise für Gewerkschaften eingesetzt hat und deshalb Benachteiligungen erfahren hat, ist die Zustimmung nach unseren Indikatoren geringer ausgeprägt.
5. Sollen die Flüchtlinge hierbleiben dürfen, oder sollen sie wieder abgeschoben werden, auch wenn sie schon mehrere Jahre hier leben? Das ist das zweite Kernergebnis unserer Studie. Neben der großen Mehrheit, die zustimmt, dass Flüchtlinge hier aufgenommen werden, sehen wir auch eine Mehrheit (55 Prozent), die dafür ist, dass diese Menschen Deutschland wieder verlassen sollen, wenn sich die Situation in den Heimatländern verbessert hat. Lediglich etwa 28 Prozent der Befragten sprechen sich für eine dauerhafte Bleibeperspektive in Deutschland unabhängig von der Situation und der Veränderung in ihren Heimatländern aus.
6. In wieweit unterscheiden sich die Antworten je nach befragter Personengruppe? Hier finden sich die Muster, die auch aus anderen Studien schon bekannt sind. Diejenigen, die über eine höhere Bildung verfügen, stimmen eher zu, dass Geflüchteten Aufenthalt gewährt wird und auch dass sie in geringerem Umfang wieder zurückkehren sollen. In Ostdeutschland überwiegt deutlicher die Skepsis, und auch in Bezug auf die politische Orientierung stimmen die Stereotype mit unseren Ergebnissen überein, dass im rechten Parteienspektrum die Akzeptanz Geflüchtete aufzunehmen geringer ist. Aber selbst bei dieser Gruppe finden wir eine Mehrheit, die zustimmt, dass Geflüchteten aus humanitären Gründen zumindest temporär auch in Deutschland Aufenthalt gewährt werden sollte.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/mediathek



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
83. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Sebastian Kollmann
Dr. Peter Krause
Marie Kristin Marten
Ilka Müller

Lektorat

Anna Gibert
Dr. Kai-Uwe Müller

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.